

POLITISCHER SONDERBERICHT

Projektland: Togo

Datum: 17.10.2011

AUF DEM WEG ZUR DEMOKRATIE?

4. März 2010 – der amtierende Staatspräsident von Togo, Faure Gnassingbé wird mit einer Mehrheit von 60% erneut an die Spitze des Landes gewählt. Von den 6 weiteren Kandidaten folgt ihm Jean-Pierre Fabre von der wichtigsten Oppositionspartei UFC (l'Union des Forces de Changement) mit 33% der Stimmen. Im Gegensatz zu den Wahlen von 2005, bei denen es zu gewaltsamen Unruhen mit mehr als 400 Toten kam, verlief dieser Wahlvorgang nach Meinung internationaler Beobachter ohne nennenswerte Zwischenfälle.

Für die Außenwelt galten die Präsidentschaftswahlen 2010 als Test für die Chancen Togos auf eine demokratische Zukunft. Ein Grund dafür waren die Parlamentswahlen drei Jahre zuvor, die als erfolgreich beurteilt wurden und auf eine weitere demokratische Entwicklung Togos hoffen ließen. Was Transparenz betrifft, war die Bilanz der Präsidentschaftswahlen 2010 weniger begeistert. Die Kundgebung zu den vorläufigen Wahlergebnissen von der nationalen unabhängigen Wahlkommission (CENI) am 7. März 2010 traf unmittelbar auf Inakzeptanz der Anhänger von Jean-Pierre Fabre, die der Regierung Wahlbetrug vorwarfen und den UFC Kandidaten zum Gewinner erklärten. Die darauffolgenden Proteste wurden durch staatliche Sicherheitskräfte aufgelöst. Auch die Mission der EU kritisierte den Ablauf der Ergebniszusammenführung als intransparent.

Dennoch bleibt das generelle Urteil internationaler Beobachter, dass keine „gravierenden“ Mängel zu beklagen seien, die das Endergebnis hätten beeinträchtigen können. Warum scheint die internationale Gesellschaft trotz des unterdurchschnittlich demokratischen Verlaufs der Wahlen in ihrer Bewertung ein Auge zuzudrücken? In Betracht zu ziehen ist, dass Faure Gnassingbé, Sohn des langjährigen Militärdiktators Eyadema Gnassingbé, seit der Machtübernahme 2005 die Demokratisierung Togos voranzutreiben versucht. Nicht zuletzt, um das Land für externe finanzielle Hilfe attraktiver zu machen. Die desolote Wirtschaftslage Togos hat sich seit dieser „Wende“ durch die Wiederaufnahme internationaler Kooperationen und dank beginnender interner Reformen allmählich gebessert. Eine offene Frage bleibt allerdings, ob nicht der nur „sanfte“ Umgang externer Beobachter mit Togo nach den Wahlen Ergebnis der Sorge ist, sondern dass zu scharfe Kritik den Schimmer Hoffnung für eine rechtsstaatliche Entwicklung im Keim ersticken könnte. Wäre dem so, dann müsste nun gefragt werden, ob sich dieser Ansatz als richtig erwiesen hat und die Bilanz des togoischen Staates anderthalb Jahre nach den Wahlen die erwünschte demokratische Weiterentwicklung aufweist.

Der Aktionsplan für das zweite Mandat von Faure Gnassingbé spiegelt den politischen Willen zur demokratischen Entwicklung seines Landes wider. Schwerpunkte sind der nationale Zusammenhalt und gute, demokratische Regierungsführung, die sich in Form von Reformen

der öffentlichen Verwaltung und Institutionen konkretisieren sollen. Die Bildung einer pluralistischen Regierung trotz des eindeutigen Sieges des Präsidenten gibt nach Ansicht externer Akteure durchaus Anlass zu Hoffnung. Die Einbindung der Hauptopposition UFC, die nun sieben von über 30 Ressorts belegt, ist ein wichtiger Schritt zur Überwindung der lange Zeit verbitterten Beziehung zwischen UFC und der Regierungspartei RPT (Rassemblement du Peuple Togolais).

Nach dem Willen der Präsidentschaft soll der Versöhnungsprozess auch die Zivilgesellschaft mit einbeziehen. So wurde die Kommission für Recht, Wahrheit und Versöhnung (CVJR) in 2009 gegründet, um Opfer und Täter politischer Gewalttaten zwischen 1958 – 2005 zusammen zu bringen und die nationale Einheit zu fördern. Nach einem zweijährigen Untersuchungs- und Auswahlverfahren von mehr als 20.000 eingereichten Akten, werden nun Opfer und Zeugen seit September 2011 gehört. Die hohe Zahl der eingereichten Akten spiegelt immerhin ein positives Maß des Vertrauens der Bevölkerung gegenüber der Regierung wider. Aber im Gegenzug auch die Bereitschaft, die schmerzhafteste Vergangenheit für einen gemeinsamen Schritt vorwärts zu nutzen.

Präsident Faure Gnassingbé ist sich wohl bewusst, dass für die Heilung alter Wunden genauso ein Bruch mit der Vergangenheit wie deren Verarbeitung nötig ist. Nur so lässt sich sein jüngstes Projekt für die Gründung einer eigenen Partei PMP unter gleichzeitiger Auflösung der Regierungspartei RPT erklären. Da der Vater Gnassingbé, der Togo 38 Jahre lang mit eiserner Hand regierte, in enger Verbindung mit der 43-Jahre alten RPT in der kollektiven Erinnerung eingebrennt bleibt, ist es verständlich, wenn der Sohn einen Ausweg nun in einem politischen Neubeginn sucht. Aber auch wenn er es schafft, die Togoer von der Aufrichtigkeit seiner Politik zu überzeugen, wird er auch weiterhin an dem schweren politischen Erbe seines Vaters zu tragen haben.

Konkret warf dieses Erbe schon durch den jüngsten Prozess gegen Kpatcha Gnassingbé, dem Halbbruder des amtierenden Präsidenten, einen dunklen Schatten auf die bisherige Wandlung Togos zur Demokratie. Kpatcha Gnassingbé wurde im April 2009 wegen eines mutmaßlichen Putschversuchs festgenommen und blieb bis zum Prozess im September dieses Jahres inhaftiert. Bemerkenswert ist, dass der Prozess genau an seinem Geburtstag, dem 6. September begann; nach einer Wartezeit von zweieinhalb Jahren. Am 15. September wurde „der andere Sohn der Nation“ als Hauptverdächtiger von 33 Angeklagten zu 20 Jahren Freiheitsstrafe, unter Aberkennung aller Bürgerrechte verurteilt. Ein Urteil ohne Berufungsmöglichkeit. Die Urteilsfindung fand unter eher mysteriösen und wenig transparenten Umständen statt und stellt daher die Glaubwürdigkeit der togoischen Justiz in vielerlei Hinsicht schwer in Frage. Die unabhängige Presse kritisierte die Urteilsfindung als Alleingang des Präsidenten des Obersten Gerichts, Abalo Pétchélébia, scharf und warf ihm vor, ausschließlich die Interessen des Präsidenten zu vertreten.

Dieser umstrittene Prozess ist vielleicht das jüngste und ernüchterndste Zeichen, dass die Demokratisierung Togos auch weiterhin vor erheblichen Herausforderungen steht. Die bisherigen Reformbemühungen unter Faure Gnassingbé weisen Anzeichen eines politischen Willens, das Land auf die Spur rechtsstaatlicher Entwicklung zu bringen, auf. Man sollte dabei aber nicht aus den Augen verlieren, dass Signale demokratischer Öffnung Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Unterstützung durch die internationale Gebergemeinschaft waren und sind. Das erste Mal seit 15 Jahren nehmen Entwicklungspartner wie die EU, der IWF und die Weltbank ihre Hilfe nun wieder auf, nachdem sie der Regierung des Vaters den Rücken zugekehrt hatten. Die Früchte der wiederbelebten Hilfe sowie der Reformen seit 2005 kommen nun allmählich zum Vorschein: Während die Wachstumsrate 2006 noch bei 2% lag,

stieg sie zwei Jahre später auf 3,4% und wird nach neuesten Schätzungen¹ 4,5% im Jahre 2012 erreichen.

Aber ist der Prozess der Demokratisierung Togos nun das Ergebnis eines Bewusstseinswandels der politischen Eliten des Landes, oder ist dieser nur aus Gründen des Machterhalts vorgeschoben? Die Antwort ist komplex und schwierig. Sicherlich ist die extreme Abhängigkeit von externer wirtschaftlicher Hilfe ein geeignetes Instrument, den internationalen Druck zu mehr struktureller Teilhabe der Bevölkerung an demokratischen Gepflogenheiten aufrecht zu erhalten. Die Republik Togo ist da nur ein Beispiel unter vielen auf dem Demokratie-Schachbrett Afrikas. Noch sind die öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen des Landes weit davon entfernt, dem Land eine tragfähige Grundlage für selbst zu erarbeitenden Fortschritt zu bieten. Es gibt aber Signale, die Hoffnung erlauben. Diese reichen von einer Anti-Korruptions-Hotline über sinnvoll bedächtige Infrastruktur-Investitionen bis hin zu einem beginnenden konstruktiven innenpolitischen und vertrauensfördernden Dialog. Öffentliche politische Debatten werden also zugelassen. Als Hanns-Seidel-Stiftung ist es uns gelungen, verschiedene politische Parteien und Vertreter der Zivilgesellschaft an einen Tisch zu bringen. Diesen, wenn auch noch vorsichtigen Dialogprozess, werden wir weiter aktiv fördern. Sollte sich so ein kontinuierlicher und vertrauen schaffender politischer Gesprächsprozess und zwar über Parteigrenzen hinweg etablieren können, dann sollte das Pflänzchen Demokratie auch in Togo allmählich zu sprießen beginnen. Nach unserer Einschätzung benötigt das Land jetzt innere Stabilität und eine politische Führung, der der Bevölkerung wieder ein in Jahrzehnten verloren gegangenes Vertrauen abgewinnen kann.

Projektleiter Ralf Wittek, Autorin: Sun-Min Kim

Die Autorin ist Praktikantin bei der Hanns-Seidel-Stiftung in Lomé, Togo.

IMPRESSUM

Erstellt: 17.10.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,

Senator E.h., Hon.-Prof.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de